

Auszug aus **MOZ** bei **Context XXI**<http://contextxxi.org/von-der-unmoeglichkeit-linker.html>

erstellt am: 15. April 2021

Datum dieses Beitrags: Dezember 1990

Von der Unmöglichkeit linker Projekte und vom Ende der Monatszeitung

■ FRANZ SCHANDL

Sie wissen es schon. Vor ihnen liegt das letzte Exemplar dieser Zeitschrift. Zumindest in dieser Form wird sie nicht weiterbestehen. Die Geldgeber wollen ihre finanziellen Ressourcen anders verwenden, was nicht erfreut, aber doch einsichtig ist.

Die MONATSZEITUNG war immer ein Zuschußprojekt. Es ist heute aussichtslos, eine radikale und linke Zeitschrift, ein alternatives und emanzipatorisches Magazin zu führen, das zusätzlich auch noch Gewinne abwirft. Das wäre zuviel des Guten.

Sicher wurden da in der Geschäftsführung oder in der Redaktion auch einige Fehler gemacht, doch eines ist ebenso klar wie übergewichtig: Keine noch so gefinkelte Werbestrategie hätte eine solche Zeitung mit solchen Artikeln und solchen Autoren in ein gewinnbringendes Projekt verwandeln können. Nicht, daß das prinzipiell unmöglich wäre, wollen wir behaupten, sondern bloß, daß es aktuell augenscheinlich nicht geht.

Die Frage ist nämlich viel weniger die, ob eine Zeitschrift inhaltlich oder vor den Lesern bestehen kann, sondern die, ob sie auf dem Markt Bestand hat, sprich: ob es genug Inserate für eine Zeitschrift wie die vorliegende gibt. Das war und ist — man streife nur durch die Seiten — zweifellos nicht der Fall.

Tja, und da die MONATSZEITUNG nunmal nicht fotokopiert oder gar hektografiert, sondern leserfreundlich aufgebaut und aufgemacht war, Redakteure

und Mitarbeiter regelmäßig bezahlte, die sogenannte Selbstausschüttung sich in erträglichen Grenzen hielt, schrieb sie Verluste.

Im Kapitalismus gilt: Keine Zeitung ohne Inserate. Die großen und mittleren Zeitschriften leben von den Einschaltungen des Kapitals. Schalten die nicht, ist man schon ausgeschaltet. Gut gehende Zeitungen weisen oft mehr als ein Drittel Werbung auf. Sie korrespondieren mit ihren Geldgebern, was meint, daß dort auch drinnen steht, was jene wollen und was man bei uns vergeblich sucht.

Hier wurde eine Zeitschrift verwirklicht, in der keine „WAZ“- und „Springer“-Gelder steckten, die auch nicht ein neues Produkt der „Mediaprint“ war. Das ist schon einiges wert, seltenheitswert, wenn man will.

Das schuf zwar anderweitige finanzielle Abhängigkeiten, die der Zeitschrift oftmals angekreidet wurden. Es sei hier aber doch noch einmal mit aller Entschiedenheit festgestellt, daß diese Variante die für uns günstigste war und ist. Wo sonst noch konnten wir schreiben, was wir uns denken, ohne daran denken zu müssen, ob es den Herausgebern oder dem Verlag oder den Herren dahinter gefällt.

Die MONATSZEITUNG war ein Refugium für Positionen, die unübersehbar und deutlich abwichen. Sei es in der obligaten Skandaldeckungs- oder in der westöstlichen Marktbesoffenheit, sei es in der Frage des (bis weit in die Linke reichenden) imperialistischen

Kriegskonsenses im Mittleren Osten. Vor allem der gute alte Antiimperialismus war uns mehr als eine Phrase von gestern. Dafür oder besser dagegen stand auch diese unsere Kolumne. Versucht wurde jedenfalls eine Zeitschrift, die Alternativen zum Eintopf des medialen Mainstream bietet. Das ist auch gelungen, manchmal ganz vorzüglich, manchmal weniger gut.

Wir standen so oft ganz alleine. Auch wenn wir manchmal Zuspruch erhielten, erschien unser Standpunkt denn doch mehr exotisch, was meint: aus einer anderen Welt. Nur weil man aktuell auf verlorenem Posten steht, heißt das aber noch lange nicht, daß man auch das Falsche verteidigt.

Mit dem Ende des Stalinismus in Osteuropa soll nun gleichzeitig alles Linke und Fortschrittliche marginalisiert und eliminiert, abgemurxt — so das „profile“ Posthochdeutsch — und abgemurxt werden. Auch wenn wir nie Partei- und Kostengänger des sogenannten real existierenden Sozialismus waren, trifft uns doch sein Ende mehr, als uns lieb ist.

Sozialismus, Emanzipation, Solidarität, noch nie waren diese Begriffe so diskreditiert wie nach dem Zusammenbruch der herrschenden Regimes im Osten.

Die MONATSZEITUNG war unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen als Zeitschrift in der Defensive. Ohne die Rückendeckung sozialer Bewegungen, versuchte sie beharrlich zu intervenieren. Nicht, daß wir kampagnefähig

gewesen wären, das nicht, doch ist es uns in einigen Fragen sicher gelungen, Orientierungspfeiler einzuschlagen. Angriffe sind in diesem Kräfteverhältnis nicht möglich gewesen, sehr wohl aber Übergriffe, wie der Übertitel dieser Kolumne nicht unzufällig lautet.

Ansprechpartner und Bündnispartner sind in den letzten Jahren ziemlich rar geworden. Zurückgegangen ist aber auch das Lese- und Diskussionsbedürfnis in linken und alternativen Kreisen. Es ist erschreckend. Intellektuell sind die meisten auf profiles Niveau hinunterstandardisiert worden. Mehr, als dort steht, vertragen sie nicht. Die neunziger Jahre werden die Tendenz zum Zuspärrücken linker Projekte noch verstärken. So notwendig diese sind, so unmöglich sind sie geworden. Das klingt seltsam, aber dem ist so: Notwendigkeit und Möglichkeit klaffen deutlich auseinander.

Die Linke ist müde geworden. In ihrem Anspruch, nicht immer bei den Verlierern zu sein, bewegt sie sich in häßlicher Schnelligkeit nach rechts. Viele möchten endlich einmal dabei sein, ans-

tatt immer dagegen zu sein.

Wie es der Opportunist liebt, andauernd zu den Siegern zu gehören, so gefällt sich der Sektierer in der Rolle des permanenten Verlierers. Und doch ist dieses Dilemma weder in der Politik noch in einem politischen Medium auflösbar. Es gibt heute in den westlichen Demokratien keinen erkennbaren und gangbaren Weg zwischen Opportunismus und Sektierertum. Der Grat ist so schmal, daß man entweder recht oder links herunterfallen muß. Das ist schmerzhaft, aber wahr.

Kritik, die kaum zu einer gesellschaftlichen Praxis findet, d.h. in der Negation verharrt, ist auf Dauer weder durchstehbar noch aushaltbar.

An anderer Stelle sprachen wir einmal von der notwendigen Dialektik von Konstruktivität und Destruktivität, nur wie diese zu gestalten wäre, das wissen wir nicht. Neue, d.h. adäquate Positionen werden jedenfalls nicht auf dem Schreibtisch entworfen, sondern in gesellschaftlichen Kämpfen mühsamst erarbeitet und erkämpft werden.

Jetzt fehlt nur noch ein entsprechender und würdiger Abschluß. Nun denn: Zur kritischen Sicht ihrer Zeit hat die MONATSZEITUNG mehr beigetragen, als heute noch einsichtig ist.

Franz Schandl: Geboren 1960 in Eberweis/Niederösterreich. Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Wien. Lebt dortselbst als Historiker und Publizist und verdient seine Brötchen als Journalist wider Willen. Redakteur der Zeitschrift *Streifzüge*. Diverse Veröffentlichungen, gem. mit Gerhard Schattauer Verfasser der Studie „Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft“, Wien 1996. Aktuell: Nikolaus Dimmel/Karl A. Immervoll/Franz Schandl (Hg.), „Sinnvoll tätig sein, Wirkungen eines Grundeinkommens“, Wien 2019.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels